

Ihre Gesprächspartner:

Andreas Stangl

Mag.^a Angela Senzenberger

Präsident der AK Oberösterreich

Leiterin AK-Bezirksstelle Braunau

**Bilanz 2023 der AK Braunau:
5,8 Millionen Euro für Mitglieder erkämpft**

Pressekonferenz

Freitag, 2. Februar 2024, 9:30 Uhr

Arbeiterkammer Braunau

Das Jahr 2023 war in der AK Oberösterreich sehr arbeitsreich. Viele AK-Mitglieder waren mit arbeitsrechtlichen Verstößen und vorenthaltenen Pensions- oder Pflegegeldansprüchen konfrontiert und kamen zur Beratung. Die Zahl der Insolvenzen nahm zu, im Konsumentenschutz dominierten aufgrund der Teuerungen Energie- und Preisfragen. Insgesamt konnte die AK Oberösterreich für ihre Mitglieder wieder mehr als 105 Millionen Euro erkämpfen.

Das breite Angebot der Arbeiterkammer Oberösterreich – von der Arbeits- und Sozialrechtsberatung und -vertretung über den Insolvenzrechtsschutz, den Konsumentenschutz, die Bildungsberatung bis hin zu den Kulturveranstaltungen – fand im Jahr 2023 großen Anklang bei den Menschen in Oberösterreich. In Summe wandten sich 314.385 Menschen mit ihren Fragen, Anliegen und Problemen an ihre Arbeiterkammer. Insgesamt konnte die AK Oberösterreich 2023 für ihre Mitglieder 105,8 Millionen Euro erkämpfen.

Das größte Problem, das die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im vergangenen Jahr beschäftigte, war nach wie vor die Teuerung, insbesondere beim Wohnen, bei Energie, Mobilität und Lebensmitteln. Die AK machte die Versäumnisse der Bundes- und Landesregierung regelmäßig zum Thema und forderte vehement Maßnahmen zur Eindämmung der Preissteigerungen, wie etwa eine echte Mietpreisbremse oder einen Wohnbonus in Höhe von 800 Euro.

Verhandlungslösungen mit Energie AG, Wels Strom GmbH und Verbund AG

Im 1. Quartal 2023 wurden von vielen Stromanbietern die Preise für Bestandskund:innen erhöht, z.B. die Energie AG mit 2. Jänner, Wels Strom GmbH mit 4. Februar und Verbund AG mit 1. März. Die Vorgehensweise und der Umfang warfen rechtliche Fragen auf, die die Arbeiterkammer Oberösterreich gerichtlich klären wollte, um Rechtssicherheit für alle zu schaffen.

Erfreulicherweise konnten langwierige Gerichtsverfahren und Vertragskündigungen vermieden werden. Denn die drei Unternehmen suchten den Dialog und waren zu einer kundenfreundlichen und praktikablen Lösung bereit. Hunderttausende betroffene Kund:innen erhielten noch im selben Jahr Einmalzahlungen zwischen 10 und 125 Euro, je nach Anbieter, Tarif und Jahresstromverbrauch.

Die AK hat auch selbst Geld in die Hand genommen, um den AK-Mitgliedern direkt und unkompliziert zu helfen, und zwar mit zwei neuen finanziellen Direktleistungen:

- **Mobilitätsbonus für Lehrlinge** in Höhe von einmalig 100 Euro. Um diesen Bonus zu bekommen, müssen die Lehrlinge entweder ein Jugendticket des OÖ Verkehrsverbundes oder ein Klimaticket haben. Mit dem Bonus sollen die jungen Menschen auch zur häufigeren Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel motiviert werden.
- **Betreuungsbonus** in Höhe von einmalig 150 Euro für Eltern, die auf kostenpflichtige Kinderbetreuung angewiesen sind. Hier bleibt die AK auch politisch auf Konfrontationskurs mit dem Land: Zum einen fordert sie die kostenlose Kinderbetreuung ab dem 2. Lebensjahr, zum anderen den Ausbau der Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen, die Vollzeitarbeit ermöglichen. Hier hinkt Oberösterreich weiterhin hinterher.

Blick nach vorne: AK-Wahl 2024

Von 5. bis 18. März finden in Oberösterreich die Arbeiterkammer-Wahlen statt. Rund 570.000 Wahlberechtigte sind aufgerufen, ihr Parlament der Arbeitnehmer:innen – die AK-Vollversammlung – zu wählen. Je mehr Menschen zur Wahl gehen, desto stärker ist die AK. Und nur eine starke AK kann die Rechte der Arbeitnehmer:innen gegenüber den Unternehmen und der Politik durchsetzen.

Die Vollversammlung ist das höchste Gremium der AK. Es besteht in Oberösterreich aus 110 Kammerrätinnen und Kammerräten und wird alle fünf Jahre neu gewählt. Die Vollversammlung beschließt die Grundzüge für die Interessenpolitik, das Budget und wie dieses für die Mitglieder eingesetzt wird. Alle Infos zur AK-Wahl:

ooe.arbeiterkammer.at/wahl

Rat und Hilfe in der AK Braunau

Insgesamt 39.352 AK-Mitglieder leben im Bezirk Braunau. Viele von ihnen nutzen die Leistungen der Arbeiterkammer. Ob rasche Hilfe bei arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten oder bei Fragen rund um Weiterbildung: Das Beratungsangebot in der AK Braunau findet großen Anklang bei den Mitgliedern. Das zeigt auch die Statistik. Insgesamt 5.316 Beratungen haben die AK-Expert:innen im Jahr 2023 durchgeführt. Davon 3.153 telefonisch, 1.913 vor Ort in der Bezirksstelle und 250 schriftlich. 124 der persönlichen Beratungen waren Bildungsberatungen.

Die AK-Mitglieder wandten sich vor allem mit Fragen zu den Themen Entgelt, Invaliditätspension, Alterspension und Altersteilzeit, Pflegegeld und Kündigung an die AK Braunau.

5,8 Millionen Euro für Mitglieder im Bezirk Braunau erkämpft

Ein großer Teil der Anliegen der Mitglieder kann durch die Beratung abgewickelt werden. Manchmal ist es jedoch notwendig, rechtliche Schritte einzuleiten, um den Beschäftigten zu ihren Ansprüchen zu verhelfen. 138 Arbeitsrechtsfälle konnten die Jurist:innen der AK Braunau im Jahr 2023 abschließen. Diese teilen sich auf in 103 Rechtshilfe-Fälle, in denen eine Intervention seitens der AK ausreichend war, und 35 Rechtsvertretungen, bei denen die AK für ihre Mitglieder vor Gericht gezogen ist. In Summe wurden 1.179.634 Euro erkämpft. 558.837 Euro außergerichtlich und 620.797 Euro gerichtlich. Die Zahlen bestätigen auch, dass es einen Unterschied macht, ob ein Betrieb organisiert ist oder nicht. Denn: 107 der 138 Rechtsfälle entfallen auf Beschäftigte, die in einem Unternehmen ohne Betriebsrat arbeiten.

Darüber hinaus wurden 152 Sozialrechtsfälle abgeschlossen und im Zuge dessen 4.329.983 Euro für die Mitglieder erstritten. Bei den Sozialrechtsfällen handelt es sich zum Großteil um Pensions- oder Pflegegeldangelegenheiten. Zusätzlich wurden für 50 Beschäftigte aus 13 insolventen Betrieben im Bezirk 302.795 Euro durchgesetzt. Die größte Insolvenz war jene der Firma PAULI Transporte GmbH in Mattighofen mit 14 betroffenen Beschäftigten.

Somit hat die AK Braunau in Summe 5,8 Millionen Euro für ihre Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Fällen sowie in Insolvenzverfahren erkämpfen können. Das zeigt, wie wichtig eine regionale Anlaufstelle ist.

Damit alle Mitglieder möglichst einfach zu ihrem Recht kommen, setzt die AK ganz bewusst bei ihren Serviceleistungen auf Wohnortnähe. Sie bietet ihnen die Möglichkeit, sich Rat und Hilfe direkt in ihrer Region zu holen.

Kein Unterschied, ob große oder kleine Beträge

In ihrem Engagement für die Beschäftigten macht die AK keinen Unterschied, ob es um große oder kleine Beträge geht. Zum Vergleich: Der kleinste Erfolg in einem Arbeitsrechtsfall betrug 86,17 Euro für eine Angestellte. Die größte erkämpfte Summe belief sich auf 561.238 Euro für eine Prokuristin, durch die Abwehr einer Forderung des Dienstgebers gegen unser Mitglied.

Auf einen Blick: Die Bilanz 2023 der AK Braunau

Beratungen	5.316
<i>davon telefonisch</i>	<i>3.153</i>
<i>davon persönlich</i>	<i>1.913</i>
<i>davon schriftlich oder per E-Mail</i>	<i>250</i>
Vertretungen	290
<i>davon im Arbeitsrecht</i>	<i>138</i>
<i>davon im Sozialrecht</i>	<i>152</i>
Vertretungserfolg	5.812.412
<i>davon im Arbeitsrecht</i>	<i>1.179.634</i>
<i>davon im Sozialrecht</i>	<i>4.329.983</i>
<i>davon in Insolvenzverfahren</i>	<i>302.795</i>

Hohe Nachzahlung für Fleischerin

Eine Arbeitnehmerin aus dem Bezirk Braunau war rund zwanzig Monate als angelernte Fleischerin in einem Betrieb, ebenfalls im Bezirk, beschäftigt, bis sie gekündigt wurde. Bei einer Beratung in der AK-Bezirksstelle stellte sich heraus, dass die im Kollektivvertrag für das Fleischergewerbe vorgesehene Kündigungsfrist nicht eingehalten worden war.

Die AK forderte offenen Lohn, die Kündigungsentschädigung bis zum Ende der tatsächlichen Kündigungsfrist sowie anteilige Sonderzahlungen und

Urlaubsersatzleistung ein. Da sich das Unternehmen weigerte, die Nachzahlung zu leisten, musste die AK vor Gericht ziehen. Dort wurde der Arbeitnehmerin Recht gegeben. Sie bekam etwas mehr als 6.000 Euro nachbezahlt.

Von 2 auf 5: AK erkämpft höheres Pflegegeld für demenzkranken Mann

Ein Pensionist aus dem Bezirk Braunau bekam im Frühjahr 2023 von der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) Pflegegeld der Stufe 2 zugesprochen. Viel zu wenig aus Sicht seiner Familie. Denn die PVA berücksichtigte die schwere Demenzerkrankung des Mannes nicht. Diese äußert sich in einer ausgeprägten Orientierungslosigkeit, sogar in der eigenen Wohnung und insbesondere nachts, sowie in Schwierigkeiten bei der Sprachfindung.

Daher klagte die AK im Namen der Familie des Mannes. Im Gerichtsverfahren wurde ein neues medizinisches Gutachten erstellt, das klar auf die Demenz hinwies. Auf dessen Basis sprach das Gericht der Familie ein deutlich höheres Pflegegeld der Stufe 5 zu. Der Unterschied zu Pflegestufe 2: mehr als 700 Euro pro Monat.

AK Braunau - Serviceangebot

Öffnungszeiten

Montag bis Donnerstag: 7:30 bis 16 Uhr

Freitag: 7:30 bis 13:30 Uhr

Persönliche Beratung: während der Öffnungszeiten, Terminvereinbarungen unter Tel. 050/6906-4111

Telefonische Beratung: während der Öffnungszeiten unter Tel. 050/6906-1 – aus ganz Oberösterreich

Bildungsberatung: jeden zweiten Freitag ab 14:30 Uhr, Terminvereinbarung unter Tel. 050/6906-4111

Kontakt

Salzburgerstraße 29, 5280 Braunau

Tel: 050/6906-4111

E-Mail: braunau@akooe.at

Homepage: ooe.arbeiterkammer.at/braunau